

# Wir fordern die politischen Parteien dazu auf, sich zum Schutz jüdischen Lebens für folgende Maßnahmen einzusetzen:



## 1. Kampf gegen Antisemitismus

- Strafbarkeitslücken in Bezug auf Antisemitismus in all seinen Formen konsequent zu schließen, auch im digitalen Raum;
- den Volksverhetzungsparagraphen 130 StGB zu konkretisieren und zu schärfen, insbesondere „antisemitisch“ als Kriterium aufzunehmen;
- den Aufruf zur Vernichtung von Staaten unter Strafe zu stellen (als neuer § 103 StGB);
- Meldestellen für antisemitische Vorfälle im Internet zu stärken und Melde- und Löschpflichten für Plattformbetreiber auszuweiten;
- eine Koordinierungsstelle für Antisemitismusbeauftragte in der Justiz zu schaffen und sich für Antisemitismusprävention und -sensibilisierung unter Staatsbediensteten und den Angestellten im Öffentlichen Dienst einzusetzen.



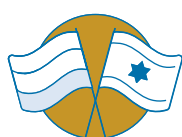
## 2. Stärkung jüdischen Lebens

- Den Entschließungsantrag „Jüdisches Leben schützen“ zu konkretisieren und verbindliche Maßnahmen umzusetzen;
- die IHRA-Arbeitsdefinition als maßgebende Definition für Antisemitismus und Grundlage für staatliche Förderungen im Zuwendungsrecht zu implementieren;
- die materiellen und personellen Maßnahmen zum Schutz jüdischer Einrichtungen zu sichern;
- Religionsfreiheit zu sichern und das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften zu stärken;
- das Amt des Antisemitismusbeauftragten im Bundeskanzleramt anzusiedeln und durch eine verpflichtende Beteiligung an Gesetzesvorhaben aller Ressorts mit Bezug zu Antisemitismus und jüdischem Leben zu stärken.



## 3. Verantwortung aus der Schoa

- Die Gedenkstättenkonzeption fortzuschreiben und die Gedenkstätten finanziell abzusichern, ohne das Gedenken an die Schoa zu verwässern;
- ein Restitutionsgesetz für NS-verfolgungsbedingt entzogenes Raubgut einzuführen;
- das Ordensrecht hinsichtlich der An- bzw. Aberkennung von Orden im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus zu überprüfen;
- zeitgemäße Holocaust-Education dauerhaft zu fördern;
- die zusätzlichen Bedarfe für die soziale Absicherung der Schoa-Überlebenden und der Nachfolge-Generation zu gewährleisten.



## 4. Stärkung der deutsch-israelischen Freundschaft

- Die Sicherheit Israels als Leitfaden deutscher Außenpolitik zu verankern – sie ist deutsche Staatsräson;
- sich im Abstimmungsverhalten auf europäischer und internationaler Ebene zu der Sicherheit Israels zu bekennen, um Israel gegen antisemitisch motivierte Verurteilungen zu verteidigen und sich in Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern für den jüdischen Staat einzusetzen;
- die deutsch-israelische Partnerschaft zu stärken und den Aufbau eines deutschisraelischen Jugendwerks zu befördern;
- die Förderung von Projekten in den palästinensischen Gebieten auf den Prüfstand zu stellen und sich für eine Reform der UNRWA einzusetzen;
- das iranische Regime als Treiber des internationalen Terrors klar zu benennen, sich dafür einzusetzen, dass die Revolutionsgarden auf die Terrorliste der EU gesetzt werden und konsequent restriktive Maßnahmen gegen das Regime umzusetzen.

